



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 888 890

P/XVI/162 - 21. Juli 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Über Politik wird nicht geredet</u> CEU-Instruktionen zur Führung des Wahlkampfes	49
2	<u>Der alte Mann und das Fernsehen</u> Gründe, warum sich Adenauer nicht stellt	41
3	<u>Merkwürdige politische Werteskala</u> Die Reise in die Pfalz	46
4	<u>Einseitige Bevorzugung</u> Eine Mahnung an die "Handwerks-Zeitung" Von Erwin Lange, KdF	52
5 - 6	<u>Empörung in Berger-Enzheim</u> Die traurige Geschichte vom Bodenpreis Was aus einer Anfrage im Bundestag wurde	78

+ + + + +

## Über Politik wird nicht geredet

### CDU-Instruktionen zur Führung des Wahlkampfes

sp - Die Wahlkampfleitung der CDU hat endlich das Ei des Kolumbus gefunden. Nach langen und tiefgründigen Forschungen empfahl sie in einer inneren Sprachregelung den Wahlkampfrednern und besonders den Abgeordneten, in Versammlungen möglichst nicht auf die im sozialdemokratischen Regierungsprogramm enthaltenen Forderungen einzugehen. "Wo dies unvermeidlich ist", - wird empfohlen - "die Dinge so darzustellen, als handele es sich um leere Versprechungen oder längst erfüllte Forderungen."

Dringend wird geraten, Detaildarstellungen zu vermeiden, um weitergehenden Diskussionen ausweichen zu können. Dafür sollen die Wahlkampfredner der CDU "nach Möglichkeit aussenpolitische Fragen in den Vordergrund" ihres Referats stellen und hierbei mit Nachdruck darauf verweisen, dass die Sicherheit des deutschen Volkes nur durch Männer wie Adenauer und Strauss garantiert werden könne. Sollten in Versammlungen Fragen auftauchen, die sich auf den nachweisbaren Widerstand der Sozialdemokraten gegen den Kommunismus beziehen, ist "zweckmässigerweise" darauf hinzuweisen, dass die "Hauptlast des Kampfes gegen den Kommunismus immer nur von der Adenauer-Regierung getragen worden" sei.

Für den Fall, dass Versammlungsteilnehmer - besonders in kleineren Veranstaltungen - daran erinnern sollten, dass die CDU nach Verkündung des sozialdemokratischen Regierungsprogramms zunächst gewisse Forderungen (z. B. Luft- und Wasserreinigung im Ruhrgebiet) verhöhnt, dann aber selbst diese Forderungen übernommen habe, soll mit der Bemerkung reagiert werden, keine offizielle Stelle der CDU-Parteileitung habe bisher gegen diesen Punkt des sozialdemokratischen Regierungsprogramms etwas einzuwenden gehabt. "Es ist tunlichst zu erwähnen, dass die CDU sich schon früher hierüber Gedanken gemacht" habe.

Das sehr heikle Problem der grossen Sozialreform ist - falls es in Versammlungen angesprochen wird - mit der Bemerkung abzutun, es ginge ja wohl niemandem schlecht, und im übrigen seien die "Vorarbeiten für die Reform" so weit gediehen, dass man im nächsten Bundestag bestimmt ein entsprechendes Gesetz verabschieden könne. Ausserdem hätten aber die Sozialdemokraten in der Vergangenheit so häufig neue Anträge gestellt, dass es selbst der absoluten CDU-Mehrheit im Bundestag nicht möglich gewesen sei, "alles rechtzeitig unter Dach und Fach zu bringen".

Als wichtigstes Mittel zur Erzeugung "emotioneller Zustimmung" wird noch einmal die Aussen- und Wiedervereinigungspolitik Dr. Adenauers empfohlen, "weil in diesen Fragen wenig konkrete Anhaltspunkte für eine Diskussion gegeben sind".

\* \* \*

Wir empfehlen der CDU ferner:

- § 1: Über Politik wird nicht geredet.
- § 2: Wenn trotzdem über Politik geredet wird, dann nicht über Innenpolitik.
- § 3: Immer wiederholen - Adenauer ist der grösste und älteste zur Zeit lebende Staatsmann.
- § 4: Die Lage ist keineswegs ernst.
- § 5: Die Wiedervereinigung steht unmittelbar vor der Tür.
- § 6: Es lebe die Unfehlbarkeit der zur Zeit noch amtierenden Bundesregierung!

+ + +

Der alte Mann und das Fernsehen

"Auf die Frage, warum der Bundeskanzler nicht Willy Brandt im Fernsehen gegenüber treten wolle, antworten die Wahlmanager der CDU, der Regierungschef würde damit die Stellung seines Wahlgegners aufwerten und psychologisch Brandts Sache mehr dienen als der eigenen. Nixon habe bereits nach dem ersten Fernsehgespräch mit Kennedy erkannt, dass er damit eine Chance seiner Partei an die Konkurrenz vergeben habe ..."

Die "Zeit", 21. 7. 1961

sp - An dieser offenherzigen Bemerkung der CDU-Wahlmanager ist einiges wahr. Bei Nixon, dem geschlagenen Präsidentschaftskandidaten der Republikaner, war es der im Vergleich zu seinem siegreichen Rivalen Kennedy schnellere Bartwuchs, der ihn weniger zulegen erscheinen liess. Bei Adenauer liegen die Ursachen seiner Weigerung, sich im Streitgespräch den Mitbewerber um das Kanzleramt zu stellen, weniger im physischen als vielmehr im psychologisch-geistigen Bereich. Der beinahe 86-jährige Kanzler fühlt sich wahrscheinlich - er hat einen Instinkt dafür - der geistigen Anforderung eines Gespräches von Mann zu Mann, beobachtet von Millionen Fernsehteilnehmern, eben nicht mehr gewachsen. Seine wirkungsvollen Tricks in Massenversammlungen wären hier nicht angebracht, er müsste etwas tun, was ihm höchst zuwider ist: Rede und Antwort zu stehen und dazu noch bei der Wahrheit bleiben. Das fällt ihm schwer, ist er es doch nicht gewöhnt. In seinem Kabinett duldet Adenauer keinen Widerspruch und seine Fraktion tanzt, wie er zu pfeifen beliebt.

Vor dem Fernsehschirm wäre das anders. Dort, im Zwiegespräch mit Willy Brandt, müsste er sich ernsthaft etwa mit dem sozialdemokratischen Regierungsprogramm auseinandersetzen, müsste er sagen, was er von der Einführung einer Mindestrente von 225 DM monatlich, von jährlich drei Wochen Mindesturlaub für jedermann, von der stärkeren steuerlichen Erfassung der Einkommen über 100 000 Mark, von der Förderung des freiheitlichen Geistes und der Duldsamkeit im staatlichen Leben hält. Er müsste Fragen beantworten, denen er in seinen Wahlversammlungen ausweicht.

Diese Fluchtmöglichkeit wäre ihm im Streitgespräch mit dem sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten nicht gegeben. Er weiss, er könnte darin nicht bestehen. Darum beschränkt er sich lieber auf im Goebbelstil durchgeführte Massenversammlungen, wo er Widerspruch nicht zu fürchten braucht. Fein ist solches Verhalten nicht.

Fragt sich nur, warum der gleiche Mann noch vor kurzem sogar eine eigene, gewissermassen in Familienregie geführte Fernsehanstalt gründen wollte, obwohl er persönlich vom Fernsehen nicht viel hält.

\* \* \*

Merkwürdige politische Werteskala

L.Sch. - Wenn der zur Zeit amtierende Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer eine Wahlreise tut, dann ist dies für seine bezahlte, aber auch freiwillige CDU-Eskorte längst keine reine Freude mehr. Nicht dass sie sich Sorgen darüber machen, wo und wann der Rhöndorfer Patriarch nach Verlassen des Bundeswehrflugzeuges aus der kostensparenden Rolle des Regierungschefs in die des CDU-Bundesvorsitzenden und Wahlkämpfers schlüpft - das ist in Bonn ja genügend "geklärt" worden! Ihre spürbare Nervosität ist vielmehr durch die zunehmende Zahl sprachlicher und gedanklicher Fehlleistungen ausgelöst, mit denen der alte Herr in den letzten Wochen immer wieder aufwartet. Für seine Pfalzreise hatten die Wahlkampfstrategen der Union am Donnerstag dieser Woche einen ganz schlechten Tag erwählt.

Wenn sie geglaubt hatten, sie könnten für ihren Chef den gleichen eindrucksvollen Rahmen und für die CDU annähernd den Erfolg erreichen, der fünf Wochen zuvor der Regierende Bürgermeister von Berlin und SPD-Kanzlerkandidat Willy Brandt trotz aller Verordnungsgränze der rheinland-pfälzischen Landesregierung für sich gebracht hat, dann sahen sie sich schon an der ersten wichtigeren Station ihrer Willy-Brandt-Verfolgungstour bitter enttäuscht. Etwa 3 000 Menschen erwarteten auf dem Stiftsplatz in Kaiserslautern die CDU-Fagenkolonne. Der Korrespondent einer Nachrichtenagentur hatte 10 000 gesehen. Diese quantitative Aufzartung kann allerdings nicht über die Reserve und deutliche Skepsis hinwegtäuschen, mit denen die Versammlung - nahezu immer für eifrige Claqueure - den inhaltlichen Deklamationen und an Unlogik reichen Ausführungen des CDU-Parteihefs folgt. Der Mainzer CDU-Ministerpräsident Dr. h.c. Altmeyer hatte - wenige Minuten zuvor - die CDU-Treue der rheinland-pfälzischen Bevölkerung offenbar an falschen Ort gerührt.

Es gab in der Ansprache des derzeitigen Kanzlers allerdings auch wirklich nichts, woran sie sich hätte entzünden können. Etwas an der bestürzenden Unlogik, das befreundete und das ungeliebte Ausland könne nur durch einen Überwältigenden Wahlsieg der CDU-CSU am 17. September von dem unbeugsamen Willen der Bundesrepublik zu einer Politik der kontrollierten Abrüstung und zur deutschen Wiedervereinigung überzeugt werden? Oder an dem in jahrelanger Regierungspraxis im Bund und in CDU-regierten Ländern unglaubhaft gemachten Vorwurf der "unverantwortlichen Fünftensnetze" an die Adresse der Freien Demokraten?

Als der zerstreut wirkende Redner endlich das Stichwort Wiedervereinigung aussprach, glaubten seine Zuhörer, nun doch aus berufener Munde eine Stellungnahme zu dieser nationalen Schicksalsfrage hören zu dürfen. "Die Aussichten sind sehr gut für uns", erklärte Adenauer zur allgemeinen Überraschung. Als er fortfuhr "... bei der Wahl!" merkten seine Zuhörer allerdings, dass der alte Herr schon wieder bei der ihm am stärksten bewegenden Frage gelandet war. Dieser unfreiwilligen Enthüllung der politischen Werteskala des Bundeskanzlers braucht man nichts hinzuzufügen.

### Einseitige Bevorzugung

In der Monatszeitschrift der Bundesarbeitsgemeinschaft der Selbständig Schaffender bemängelte der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete und anerkannte Experte in Fragen der Mittelstandspolitik, Erwin L a n g e, die einseitige Stellungnahme der "Handwerkszeitung" zugunsten der CDU. Erwin Lange bemerkt unter anderem:

"Die Handwerks-Zeitung ist ein amtliches Organ im Rahmen der Handwerksorganisationen. Die Zeitung sollte sich einer anderen Sprache befleißigen und sich endlich auch der Sozialdemokratie gegenüber positiv einstellen; denn in den Handwerksorganisationen sind nicht nur Regierungsanhänger oder CDU/CSU-Anhänger. Dort sind ebenso Sozialdemokraten und auch freie Demokraten vertreten.

Ein anderes ist in diesem Zusammenhang noch zu bemerken. Die Organisationen des Handwerks sollten sich nicht sosehr als eine Nebenorganisation der CDU/CSU fühlen. Sie sollten ihre Handwerkstage - was deren Wirkung in der Öffentlichkeit betrifft - nicht immer nur mit offiziellen Sprechern der Regierungspartei bestreiten. (Die Tagungen des Handwerksrates entbehren der breiten Wirkung nach draussen). Die Kundgebungen des Handwerkstages 1961 haben den unangenehmen Beigeschmack von CDU/CSU-Parteiversammlungen gehabt. Es schlägt auch nicht durch, man habe doch den Bundeskanzler oder den Bundeswirtschaftsminister in amtlicher Eigenschaft sprechen lassen.

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks sollte sich zu parteipolitischer Unabhängigkeit verstehen. Es würde damit dem Beispiel des Deutschen Gewerkschaftsbundes folgen. Er sollte wie dieser in seinen offiziellen Veranstaltungen und Kundgebungen Sprecher von Regierung und Opposition zu Worte kommen lassen. Er hätte neben Konrad Adenauer und Ludwig Erhard auch Erich Ollenhauer oder Willy Brandt und Heinrich Heist sprechen lassen können. Es sei dem Zentralverband des Deutschen Handwerks empfohlen, die Protokolle von Gewerkschaftskongressen nachzulesen. Die Funktionäre des Handwerks werden dann feststellen, wie oft schon Sprecher von Regierung und Opposition in ein und derselben Veranstaltung zu Worte gekommen sind.

Wir müssen im Interesse der Selbständigen wie auch der Arbeitnehmer verlangen, dass sämtliche Wirtschafts- und Fachverbände ihre Aufgaben unabhängig wahrnehmen. Gleichzeitig müssen die gleichen Verbände die auf dem Boden des Grundgesetzes stehenden demokratischen Parteien - und das sind die im Bundestag vertretenen - uneingeschränkt respektieren und gleichmässig behandeln. Es ist schon von der den politischen Parteien durch das Grundgesetz zugewiesenen Aufgabe - an der politischen Willensbildung des deutschen Volkes mitzuwirken - her nicht zu verantworten, sie ungleichmässig zu behandeln, will man sich nicht der Bedrohung verfassungsmässiger Zustände schuldig machen.

Wesentliche Fragen der Selbständigen lassen sich nur unter Berücksichtigung sozialdemokratischer Auffassungen lösen. Zwölf Jahre Regierung Adenauer haben gezeigt wohin der Weg führt: zu verstärkter wirtschaftlicher Macht der Grosswirtschaft und zu fortlaufender Schwächung der wirtschaftlichen Position der Selbständigen. Sozialdemokratische Initiative hat die erschreckende Hilflosigkeit der Bundesregierung in den Fragen der Selbständigen offenbart. Sozialdemokratische Initiative bietet den Selbständigen Lösungen an, die sie zu gleichwertigen und vollberechtigten Gliedern in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat machen.

### Empörung in Bergen-Enkheim

#### Die traurige Geschichte vom Bodenpreis Was aus einer Anfrage im Bundestag wurde

sp - Wer vor fünf bis sechs Jahren einen Bausparvertrag unterzeichnete und sich Mark um Mark zurücklegte, um in den Besitz eines Bergenheimes zu gelangen, der weiss, wie inzwischen die Boden- und Baupreise gestiegen sind und wie sich der Wert seiner Spargroschen vermindert hat. Erhöhte Boden- und Baukosten bedeuten zugleich erhöhte und übererhöhte Mieten; es greift ein Rad ins andere. Freigabe des Mietpreisstops durch die Regierungsmehrheit, Verzweiflung unter den Mietern und Bausparern, es hagelt Proteste in der Bundesrepublik, vor allen von den jungen Eheleuten und den Heimatvertriebenen, die endlich einmal im Wirtschaftswunderland, das sie durch ihren Fleiss mitgeschaffen haben, zu einem Eigenheim oder zu einer eigenen Wohnung kommen wollen. Die Adenauer-Regierung wäscht sich die Hände in Unschuld, beruft sich auf die Zuschüsse zum Wohnungsbau, die sie aus den allgemeinen Steuergroschen gnädigst entnimmt, und sie will sogar bundeseigenes Gelände zum billigen Preis abgeben, um dem Bodenwucher entgegenzutreten. Dass von diesem Staatsgelände fast die Hälfte an die Bundeswehr für Kasernen und Übungsplätze gehen wird und dass dieser Staatsboden meist derart gelagert ist, dass er für Wohnbauzwecke völlig ungeeignet ist, das nur nebenbei. Immerhin, der Herr Wohnungsbauminister brüstet sich, seinen Teil beigetragen zu haben, die Bodenpreise in Schach zu halten. Sagt's, und geht selbstgefällig ob der guten Tat in sein bescheidenes Eigenheim.

#### 50 DM pro Quadratmeter

Die Kehrseite der Medaille und die Wirklichkeit sehen anders aus. In Bergen-Enkheim (Kreis Hanau) haben wir es erlebt. Diese Arbeiterwohngemeinde musste im Jahre 1958 der Reichspost ein Gelände von 11 475 qm zur Errichtung technischer Bauten zum Preis von 3,50 Reichsmark pro qm abtreten. Bis heute liegt dieses Gelände brach. Rundherum haben sich Fabriken angesiedelt, zehnmal hätte das Gelände bereits bebaut, mindestens eine Million DM Gewerbesteuer hätte Bergen-Enkheim allein in den letzten fünf bis sechs Jahren einnehmen und für dringende soziale und kommunale Aufgaben verwenden können. Wiederum schlug vor einigen Monaten die Gemeindeverwaltung der Bundespost vor, die 11 475 qm von der Bundespost zurückzukaufen. Was verlangte die aber von Bürgermeister Schubert? Pro Quadratmeter DM 50,- und dazu ein Ersatzgelände von gleicher Grösse!

#### Lücke auf Lückes Platz

Der SPD-Bundestagsabgeordnete für Hanau, Jakob Altmeier, nahm sich der Sache an. Er sprach zuerst eindringlich mit dem CDU-Postminister Stücklen. Der versprach, sich der Sache anzunehmen. Wochenlang keine Antwort. Jakob Altmeier sprach mit dem CDU-Wohnungsbauminister Lücke. Er fragte, was er zu tun gedanke, um die

Bundespost aus der Reihe der Bodenspekulanten und Preistreiber herauszuhalten? Auch CDU-Lücke versprach: Schweigen im Walde. Die letzte Woche des dritten Bundestages naht. Soll es November werden, bis ein neuer Bundestag und eine neue Regierung da sind? Jakob Altmaier, der im Interesse von Bergen-Enkheim schnell handeln wollte, sah sich zu einer öffentlichen Anfrage im Parlament gezwungen. Die, wie üblich, tagelang vorher schriftlich an den Wohnungsbau-minister eingereichte Frage, wird nicht von ihm, sondern vom Postminister beantwortet. Lücke hat sich gedrückt. Auf seiner Minister-sessel ist kein Minister, sondern nur eine Lücke.

#### Grundstücksmakler: "Preis durchaus angemessen"

Und was antwortet der die Frage mündlich beantwortende Mini-sterkollege von der Post, Herr Stücklen? Er verliest von der Tri-büne des Parlaments einen Verlegenheitsbericht der Oberpostdirektion Frankfurt am Main, in dem Wahres mit Falschem vermischt ist. Im entscheidenden Punkt gibt jedoch der Postminister zu, dass seine Bundespost einen Rückkaufspreis von DM 50.-- pro Quadratmeter von der Gemeinde Bergen-Enkheim verlangt habe und darauf bestehen müs-se, da mehrere Grundstücksmakler, die befragt worden seien, die-ssen Preis "als durchaus angemessen" bezeichnet hätten. Kein Bürger-meister wird gefragt, kein Landratsamt, kein Bewohner, keine Bau-gesellschaft, kein Mieterverein und keine ansässige Industriege-sellschaft. Niemand ist sachverständig und für den Minister glaub-würdig, nur einer: der Grundstücksmakler, dessen Geschäft darin besteht, für "gute" Bodenpreise zu sorgen.

#### Bodenpreis steigt jetzt rapide

Die Folgen: Seit dieser Antwort des Bundespostministers sind die Bodenpreise in Bergen-Enkheim auf DM 40.-- pro Quadratmeter gestiegen, fast um das Doppelte gegenüber vorher. Und wie ein Öl-fleckfleck breitet sich dieser Bergen-Enkheimer Preis im Kreise Hanau aus. "Eine Katastrophe", sagen die Menschen in Bergen-Enk-heim und der Hanauer Landrat Voller. Die Makler und die Wucherer reiben sich die Hände und flehen den Segen für die kommende Wahl auf die Häupter der CDU herab.

\* \* \*